

arbeiten. So hat beispielsweise das Land Niedersachsen nach der Ablösung einer rot-grünen Regierung wieder Fahrt aufgenommen.

Telegramm: Was heißt das beispielsweise konkret in der Bildungspolitik – wie bewältigen wir die Bildungs-Krise?

Lindner: Heute hat die Ministerialbürokratie mehr zu sagen als die Leiter der Odenthaler Schulen. Mitten im Schuljahr wurden beispielsweise kürzlich Hauptschullehrer versetzt, weil in Köln der Lehrermangel noch gravierender war als bei uns. Dabei fehlen auch im Rheinisch-Bergischen Kreis nach der letzten amtlichen Statistik gut achtzig Lehrer! Ich will deshalb, dass die Schulen bei uns alle pädagogischen Freiheiten und alle notwendigen Mittel erhalten, um jedes Kind individuell fördern zu können. Schluss mit der Mangelverwaltung, Schluss mit den Entscheidungen am grünen Tisch! Diese Forderung kann man

Christian Lindner (26) wurde im Mai 2000 als jüngster Abgeordneter in den Landtag gewählt. In den vergangenen fünf Jahren hat er sich als Jugend- und Bildungspolitiker einen Namen gemacht, mit 27 Anträgen und über 100 Anfragen gehört er zu den fleißigsten Parlamentariern.

In diesem Jahr schließt er sein Studium der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechts und der Philosophie an der Universität Bonn ab. Von 1997 bis November 2004 war er als Berater für Unternehmenskommunikation selbständig tätig, daneben war er zeitweilig auch Geschäftsführer einer Werbeagentur und Teilhaber eines Internet-Unternehmens.

Christian Lindner ist seit 1995 Mitglied der FDP. Seit 2002 ist er Kreisvorsitzender in Rhein-Berg, seit 2004 zudem Generalsekretär der Landespartei.

Er ist ledig, aber langjährig verliebt. Fit hält er sich durch Läufe rund um die Dhünnalsperre.

www.christian-lindner.de

übrigens seriös finanzieren, wenn wir Kinder statt Steinkohle fördern.

Telegramm: Wie wollen Sie die Innovation stärken und in welchen Bereichen?

Lindner: Bayern und Baden-Württemberg haben in den 1990er Jahren unrentablen Staatsbesitz privatisiert und mit den Erlösen Forschungseinrichtungen und innovative Unternehmensgründungen forciert. Wir wollen davon lernen und mittelfristig beispielsweise die Westdeutsche Landesbank veräußern, um einen Innovationsfonds von mindestens 1 Milliarde Euro einrichten zu können. Daneben brauchen wir wieder ein forschungsfreundliches Klima in unserer Gesellschaft. Ich finde es skandalös, dass Rot-Grün mit stillschweigendem Einverständnis weiter Kreise der CDU die Stammzellenforschung und die grüne Gentechnik durch Blockaden und Pauschalvorwürfe an Wissenschaftler, aus unserem Land vertreibt. Die FDP will dagegen alles dafür tun, dass Wissenschaftler die Chancen und Risiken dieser Technologien in Nordrhein-Westfalen erforschen – und nicht in Bayern, Sachsen oder gleich den USA.

Telegramm: Und wie kommen wir an neue Arbeitsstellen?

Lindner: Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, hier entstehen Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Gerade der Mittelstand wird aber in fahrlässiger Weise mit Steuern und Abgaben, unendlichen Genehmigungsverfahren und bürokratischen Hürden blockiert und belastet. Nach der Landtagswahl müssen wir uns mit Unternehmern und Handwerksbetrieben an einen Tisch setzen, um diese Bremsen zu lösen. In Niedersachsen hat die FDP in der Regierung auf diese Weise 50 Gesetze und 560 Verordnungen außer Kraft gesetzt. Darüber hinaus werden wir die kaum übersichtliche Landschaft von Förderprogrammen überschaubar gestalten müssen.

Telegramm: Kommen wir zu Ihrer Arbeit als Landtagsabgeordneter: Was haben Sie in den vergangenen fünf Jahren für den Rheinisch-

Bergischen Kreis und Odenthal erreicht?

Lindner: Ich habe mich darauf konzentriert, für den Kreis eine Art „politisches Frühwarnsystem“ zu sein. Als Abgeordneter der Opposition sind die Einflussmöglichkeiten zwar begrenzt, aber trotzdem konnte ich mit Anfragen gelegentlich auf Missstände aufmerksam machen. Jetzt kämpfe ich dafür, dass ich nach einem Regierungswechsel ein „Durchsetzer“ für den Kreis und für Odenthal werde.

Telegramm: Hört sich alles gut an, aber warum sollte der Odenthaler Bürger gerade Sie wählen? Über die Landesliste der FDP haben Sie Ihr Mandat schon fast in der Tasche. Und es sieht auch nicht so aus, als könnten Sie den Wahlkreis hier direkt gewinnen?

Lindner: Möglicherweise nicht bei dieser Landtagswahl! Allerdings habe ich inzwischen fünf Jahre Erfahrung in Düsseldorf, meine Mitbewerber sind dagegen noch landespolitische Neulinge. Nach der Wahl muss aber schnell gehandelt werden, da wird bei Standort- und Förderentscheidungen keine Rücksicht auf neue Parlamentarier genommen. Zudem säße ich als FDP-Generalsekretär mit am Tisch bei den Verhandlungen über eine Regierungsbildung. Je besser das Ergebnis in meinem Heimat-Wahlkreis ist, desto mehr Gewicht kann ich bei Entscheidungen für uns in die Waagschale werden. Deshalb kämpfe ich für ein starkes Ergebnis hier bei mir zuhause.

Telegramm: Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg.

Neue Ratsperiode:

Die Kommunalwahl im September führte in Odenthal zu geänderten Mehrheitsverhältnissen.

Wir danken allen, die uns Ihre Stimme gegeben haben, so dass die FDP nun vier Ratsmitglieder stellen kann. Überhangmandate fielen leider nur an GRÜN, SPD und CDU.



Nobbe, Berger, Schmitz, Dr. Picht

Flächennutzungsplan (FNP).

Nachdem die CDU in der Ratssitzung Ende Mai vorigen Jahres den neuen FNP im Alleingang beschlossen hatte, wurde es zunächst ruhig um dieses strittige Thema. Wie sich nach der Kommunalwahl im September 2004 herausstellte, hatte unser Bürgermeister die Unterlagen recht spät zum Regierungspräsidenten zur Genehmigung eingesandt. Vermutlich wollte BM Maubach die Entscheidung hinauszögern, um das brisante Thema FNP nicht verstärkt in den Wahlkampf zu ziehen.

Das ist aber nur bedingt gelungen. Die späte Einsendung gab uns aber nach den Wahlen und den nun geänderten Mehrheitsverhältnissen in Kooperation mit den anderen Oppositionsparteien die Möglichkeit, den FNP von der Genehmigungsbehörde zurückzuziehen.

Zunächst versuchte der Bürgermeister uns jedoch zu bewegen, den Plan genehmigen zu lassen, da aus formalen Gründen alle Flächen, die in den Landschaftsschutz hineinragen, sowieso nicht genehmigungsfähig seien und damit entfielen. Er verschwieg uns allerdings, dass parallel ein Weg eingeleitet wurde, diese formale Hürde zu beseitigen.

Aus den bisherigen Erfahrungen misstrauisch geworden, hatten wir mit der Rückholung aber genau das Richtige getan.